



iran-report

Nr. 11/2006

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Eine Million Unterschriften für Gleichberechtigung / Hunderttausende Bewerber für Kommunalwahlen / Chamenei ruft Muslime zu Wachsamkeit gegenüber USA und Israel auf / Hinrichtungen um 46 Prozent gestiegen - Interview mit einem Menschenrechtsaktivisten / Doulatabadi: „Ich werde meine Schriften nicht mehr veröffentlichen“ / Erneutes Zeitungsverbot / Irans Oberstaatsanwalt: „Internationale Unterdrücker planen eine farbige Revolution in Iran / Freilassung des deutschen und französischen Hochseeanglers abgelehnt / Rauchverbot jetzt auch in Iran / Ahmadinedschad lehnt Geburtenkontrolle ab

II. Wirtschaft

USA genehmigen Lieferung von Flugzeugteilen in den Iran / Türkei stoppt Gasimport aus Iran / Japan reduziert seinen Anteil am iranischen Ölprojekt / Deutsche Exporte nach Iran erstmals gesunken / Navigationsgeräte nach Iran geschmuggelt - Anklage erhoben / Teheran will Urananreicherung beschleunigen / Iran kauft fünf Topelev-Maschinen aus Russland

III. Außenpolitik

Neue Phase des Atomkonflikts / Iran: UN-Sicherheitsrat ist illegitim / USA eröffnen ein Iran-Büro in Dubai / Flugzeugträger Eisenhower zum Persischen Golf entsandt / Iran bezeichnet gemeinsames Manöver am Persischen Golf als „Provokation“ / China will sich konstruktiv um die Lösung des Atomkonflikts bemühen / Iran zeigt Verständnis für Nordkoreas Atomtest / BND: Iran könnte ab 2015 über Atombomben verfügen / Angriffe auf die dänische Botschaft / Olmert fordert Boykott von Ahmadinedschad / Keine Einreisebeschränkung für US-Bürger / Gandji im Europäischen Parlament



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 12/2006 Anfang Dezember) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Oktober 2006

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

5. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de



I. Innenpolitik

Eine Million Unterschriften für Gleichberechtigung

Trotz ständig zunehmender Repressionen haben Irans Frauen eine neue Kampagne für Gleichberechtigung gestartet. Sie wollen eine Million Unterschriften für eine gemeinsame Erklärung der Frauenverbände sammeln, in der die Abschaffung aller Gesetze gefordert wird, die eine Benachteiligung von Frauen beinhalten. Bemerkenswert ist, dass die Kampagne nicht allein von Frauen ausgeht, die dem laizistischen Lager zugeordnet werden. Auch zahlreiche Frauenverbände aus dem islamischen Lager sind an der Aktion beteiligt. Die Unterschriftensammlung soll durch persönliche Kontaktaufnahme und über das Internet erfolgen. Die Initiatorinnen betonen, dass die Kampagne sich weder gegen den Staat noch gegen den Islam richtet. Denn die Gleichberechtigung stehe keineswegs im Widerspruch zu den Grundsätzen des islamischen Glaubens. Zudem habe sich Iran mit der Unterzeichnung der internationalen Konvention für Gleichberechtigung verpflichtet, auch im eigenen Land jede Benachteiligung von Frauen zu beseitigen. Detaillierte Informationen über die Kampagne können über das Internet, <http://we-change.org> abgerufen werden.

Die im Iran lebende Frauenrechtlerin Fariba Davudi Mohadjer erläuterte in einem Artikel die Kampagne. Hier eine Zusammenfassung des Artikels:

Es ist ganz einfach. Ziel der Aktion „Eine Million Unterschriften zur Beseitigung von Gesetzen, die ungleiche Behandlung beinhalten“ ist einzig und allein die Herstellung von Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern. Die Frauen wollen in einer offenen, freien Gesellschaft leben, in der sie sich sicher fühlen. Sie wollen die gleichen Möglichkeiten und Chancen haben wie Männer, sie empfinden jede Benachteiligung als eine Qual. Frauen und junge Mädchen, die in unserem Land leben, wollen sich befreien von der ständigen Angst, der Unterdrückung und Gewalt ausgesetzt zu werden, sie wollen nicht, um dieser Angst und Gewalt zu entfliehen, sich selbst das Leben nehmen oder jemanden töten. (Anm. d. Red.: Dies ist eine Anspielung auf die sich häufenden Suizide und auf die Fälle, in denen Frauen Männer getötet haben, die sie zu vergewaltigen ver-

suchten.) Sie wollen selbständig sein, wollen gleichberechtigt mitentscheiden, ihren Beruf, ihren Wohnort selbst wählen und alleine entscheiden, wohin sie reisen möchten.

Es ist ganz einfach. Wenn wir die Bedürfnisse und Rechte der Frauen nicht berücksichtigen, wird unsere Gesellschaft von immer tieferen Krisen heimgesucht werden. Daher müssen wir handeln, ehe es zu spät ist.

Die neuen Generationen glauben nicht mehr, dass Frauen geboren werden, um im Heim und am Herd ihren Männern zu dienen und Männer dazu da sind, Geld zu verdienen, die Macht zu monopolisieren und über andere zu herrschen. Wir Frauen wollen in der Ausbildung, im Beruf, in der gesellschaftlichen Funktion sowie beim Besitz von Eigentum dieselben Rechte haben wie Männer. „Eine gute Frau“ bedeutet für uns nicht mehr eine Frau, die sich unterwirft und sich den sexuellen Wünschen ihres Mannes fügt, weil er für den Lebensunterhalt sorgt.

Wir wollen uns mit den Klischees, die im Laufe der Geschichte die Rolle der Frauen bestimmt haben, gründlich auseinandersetzen. Viele Frauen haben an diese Rollenverteilung geglaubt und waren vielleicht auch selbst davon überzeugt, dass sie zu nichts anderem fähig sind als den Haushalt zu organisieren und Kinder zu gebären.

Auch viele Männer wehren sich gegen die ungleiche Behandlung und fordern gleiche Rechte, gleiche Pflichten, gleiche Chancen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir in einem ersten Schritt die Verfassung und die Gesetze ändern. Dies würde die Familien stabilisieren und die gesellschaftlichen Beziehungen auf eine vernünftige Grundlage stellen. Die alten Gesetze gehören der Vergangenheit an und können die Probleme einer Welt nicht lösen, die sich im Wandel befindet. Jeder Widerstand gegen die Aufhebung der Ungleichheit unter dem Vorwand, den Islam schützen zu wollen, könnte zu dem Urteil führen, dass der Islam nicht in der Lage sei, die Probleme moderner Gesellschaften zu lösen und Lösungen für die Erfordernisse der Zeit zu bieten.

Es ist bedauerlich, dass eine Männer orientierte Kampagne versucht, die Forderung nach Gleichberechtigung als



radikal und die Frauenbewegung als einen Versuch darzustellen, die Reform- und Demokratiebewegung zu spalten. Andere behaupten, die Frauenbewegung strebe eine „sanfte Revolution“ an. Wiederum andere sprechen von Komplexen, die sich nun gegen die Männer richten oder von einer Modeerscheinung, die viele in ihren Bann zieht.

Nichts von all dem ist richtig. Wir wollen nicht die Männer beherrschen und Rache üben. Die Frauenbewegung ist auch keine Modeerscheinung, denn dafür ist der Preis, den wir für unsere Aktivitäten zahlen müssen, zu hoch. Wir streben auch keine Revolution an, in welcher Farbe auch immer. Das überlassen wir den politischen Kontrahenten, die nach der Erlangung der Macht, die Beute unter sich verteilen. Für Frauen haben diese Revolutionen nie etwas gebracht. Es ist ganz einfach: Wir wollen die Gleichberechtigung, nichts anderes.

Hunderttausende Bewerber für Kommunalwahlen

Der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA zufolge wollen sich mehr als 248.000 Kandidaten um Sitze in den Stadt- und Gemeindeparlamenten bewerben. Diese Zahl wurde einen Tag nach Ablauf der Meldefrist bekannt gegeben. Bei den Kommunalwahlen, die am 15. Dezember stattfinden, sind rund 130.000 Mandate zu vergeben. Bei dieser Wahl hoffen die Reformer, ihre enttäuschten Wähler zurückgewinnen zu können.

Bei den letzten Kommunalwahlen, die 2003 stattgefunden hatten, waren die Reformer, die unter Präsident Chatami die Regierung führten und im Parlament noch die Mehrheit hatten, fast vollständig leer ausgegangen. Mehr als 50 Prozent der Wähler hatten sich geweigert, zu den Wahlurnen zu gehen. Die Folge war ein großer Sieg der Radikalislamisten. Diese Wahlen leiteten eine radikale Wende in der politischen Landschaft ein und bereiteten die Monopolisierung der Macht durch die Radikalislamisten vor. Ahmadinedschad wurde mit 13 Prozent der Stimmberechtigten zum Teheraner Bürgermeister gewählt, weil in der Hauptstadt Teheran die Wahlbeteiligung unter 30 Prozent lag.

2004 eroberten die Radikalislamisten das Parlament und 2005 übernahm Ahma-

dinedschad das Amt des Staatspräsidenten.

Gleichzeitig mit den Kommunalwahlen wird die Expertenversammlung gewählt, ein Gremium, dessen Hauptaufgabe darin besteht, den Revolutionsführer zu wählen oder abzusetzen, eine Aufgabe, die nur aktuell wird, wenn der Revolutionsführer stirbt oder seine Macht so weit eingebüßt hat, dass die Versammlung es wagen könnte, ihn abzusetzen, was unter den gegenwärtigen Machtkonstellationen nicht denkbar wäre. Dennoch wird um die Sitze in der Expertenversammlung, die allein Geistlichen vorbehalten sind, dieses Mal weit vehementer als früher mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gerungen. Dabei rivalisieren die mächtigsten Figuren miteinander. Denn wenn auch das Gremium keine aktuellen Aufgaben zu bewältigen hat und in der Tagespolitik keine direkte Rolle spielt, gilt es doch als eine Instanz, in der die ideologischen Kämpfe ausgetragen werden. Diese Kämpfe, die innerhalb des islamischen Lagers zwischen Reformern, Konservativen und Radikalislamisten geführt werden, haben sich stark zugespitzt. Hauptkontrahenten bei der ideologischen Auseinandersetzung, die über den Gesamtcharakter des islamischen Staates geführt wird, sind Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani und der ideologische Ziehvater Ahmadinedschads, Ayatollah Mesbah Yazdi. Während Rafsandschani einen eher pragmatischen Kurs verfolgt und die Meinung vertritt, man könne zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung auch ideologische Abstriche machen, vertritt Yazdi die Auffassung, es gehe jetzt darum, endlich alle Kräfte daran zu setzen, um einen lupenreinen Gottesstaat aufzubauen. Er wirft Ahmadinedschads Vorgängern Chatami und Rafsandschani vor, die Ideale der islamischen Revolution verraten und das Land auf Abwege geführt zu haben. Der Gottesstaat müsse von allen verderblichen westlichen Einflüssen und von republikanischen Tendenzen gereinigt werden, meint Yazdi.

Interessant bei dieser Wahl ist auch die Frage, wie weit die Ultrakonservativen bereit sein werden, Yazdis Kurs mit zu tragen und ob es den Radikalislamisten gelingen wird, auch die Expertenversammlung für sich zu monopolisieren. Bisher zeichnet sich eher das Gegenteil ab. Fest steht bereits, dass namhafte Geistliche, auch zum Teil jene, die als ultrakonservativ



gelten, Yazdi nicht unterstützen werden. Somit wird das Lager der Radikallislamisten von einer Spaltung bedroht. Die Wahl ist zugleich eine Bilanz der mehr als einjährige Regierung Ahmadinedschads. Auch hier ist festzustellen, dass die Kritik am Staatspräsidenten auch im eigenen Lager ständig wächst. Mit Populismus allein lässt sich ein Land mit mehr als siebzig Millionen Einwohnern nicht regieren.

Bei der letzten Wahl der Expertenversammlung vor acht Jahren war die Wahlbeteiligung sehr gering. Dieses Mal hofft man durch die Zusammenlegung der Wahl mit den Kommunalwahlen mehr Wähler an die Urnen zu bekommen.

Chamenei ruft Muslime zu Wachsamkeit gegenüber USA und Israel auf

Irans Revolutionsführer Ali Chamenei hat Muslime in aller Welt zur Wachsamkeit gegenüber einer „heimtückischen Verschwörung“ Israels und der USA aufgerufen. „Was ein Erfolg für die US-amerikanische Regierung und das Regime in Israel ist, ist ein Verlust für alle islamischen Nationen“, sagte Chamenei am 24. Oktober in einer Fernsehansprache anlässlich des islamischen Feiertags Eid-e Fitr.

Die islamischen Nationen sollte ihre nationale Einheit beibehalten, betonte Chamenei bezugnehmend auf den Vorschlag einer Teilung des Nachbarstaats Irak. „Sie müssen vorsichtig sein und dürfen keinen Schritt tun, der zur neuen, feindlichen und heimtückischen Verschwörung der Amerikaner und des Zionismus beiträgt.“

Iran macht die USA für die Destabilisierung Iraks verantwortlich und verurteilt die Regierung in Washington für die Unterstützung Israels bei der Besetzung palästinensischer Gebiete und beim Krieg gegen Libanon. Die USA und Israel wiederum beschuldigten Iran, den internationalen Terrorismus zu unterstützen.

Die Zahl der Hinrichtungen in Iran um 46 Prozent gestiegen

Dies geht aus einem Bericht der Organisation „Iranische Menschenrechtsaktivisten in Europa und Nordamerika“ hervor, den sie zum internationalen Tag gegen die Todesstrafe (10. Oktober) über die Situation in Iran vor-

legte. Der Bericht dokumentiert alle bekannten Todesurteile, die im Zeitraum von Oktober 2005 bis September 2006 ausgesprochen oder bereits vollstreckt worden sind.

Die Organisation umfasst sechzehn iranische Menschenrechtsgruppen im Ausland. Sie ist Mitglied der „Internationalen Koalition zur Abschaffung der Todesstrafe“. Zu ihren Aktivitäten gehört die Veröffentlichung eines monatlichen bzw. jährlichen Berichts über die Lage der Menschenrechte in Iran. Die BBC führte mit dem Mitglied der Organisation, Hussein Mahutiha, ein Interview, das wir im Folgenden gekürzt wiedergeben:

Wie viele Personen wurden im vergangenen Jahr hingerichtet, wie viele warteten auf die Vollstreckung des Todesurteils?

Im Zeitraum von Oktober 2005 bis September 2006 wurden insgesamt 282 Personen zum Tode verurteilt. Davon wurden 111 Personen, das heißt 39 Prozent, hingerichtet. Hinzu kommen 279 Personen, die in den vergangenen Jahren zum Tode verurteilt wurden und bei denen die Vollstreckung noch nicht erfolgt ist. Allerdings muss betont werden, dass unsere Angaben nicht vollständig sind. Denn unsere Mitarbeiter im Inland arbeiten unter äußerst schweren Bedingungen und haben große Probleme, an detaillierte Informationen zu kommen. Bei unseren Angaben handelt es sich also um alle Fälle, die wir über verschiedene Kanäle erhalten haben.

In welchem Alter befinden sich gewöhnlich die Hingerichteten?

Von den 31 Hingerichteten, deren Alter uns bekannt ist, sind 23 unter 30 Jahre alt und 8 älter als 30. Der Älteste war 37 Jahre alt.

Gibt es unter den Hingerichteten auch Minderjährige und Frauen?

Ja, wir haben die Hinrichtung von fünf Frauen registriert, und acht Fälle, bei denen die Hingerichteten zur Zeit der Straftat jünger waren als 18.

Gibt es unter den Hingerichteten auch politische Aktivisten?



Ja, sechs Personen wurden aufgrund ihrer politischen Aktivitäten hingerichtet. Das ist dreimal mehr als im vergangenen Jahr.

Wie sieht es bei denen aus, die zum Tode verurteilt sind und auf die Hinrichtung warten?

Es sind 11 Frauen und 160 Männer, unter ihnen 14 politische Aktivisten. Zwei Frauen sind zur Steinigung verurteilt. Von 70 Verurteilten, deren Alter uns bekannt ist, sind vier unter 18, 49 zwischen 18 und 30 und 17 älter als 30. Im Übrigen hat die Zahl der Todesurteile in diesem Jahr um 9 Prozent zugenommen.

Wie viele Menschen warten nun insgesamt auf die Vollstreckung des Urteils?

Wenn wir die Verurteilten aus vergangenen Jahren hinzunehmen, sind es rund 450, denen die Vollstreckung droht.

Wie sieht es mit öffentlichen Hinrichtungen aus?

Im angegebenen Zeitraum wurden 48 Personen an 23 verschiedenen Orten öffentlich hingerichtet. Außerdem wurden zwei Personen öffentlich gesteinigt. Alle diese Hinrichtungen fanden außerhalb der Hauptstadt statt.

Wie aus Ihrem Bericht hervorgeht, hat sich die Lage im vergangenen Jahr verschlechtert.

Ja, in diesem Jahr wurden mehr Todesurteile ausgesprochen als im vergangenen Jahr. Unseren Informationen zufolge haben 46 Prozent mehr Hinrichtungen stattgefunden. Leider nimmt die iranische Justiz weder auf internationale noch auf eigene Gesetze Rücksicht und Proteste der Menschenrechtsorganisationen werden von ihr ignoriert. Zu bemerken ist, dass die Lage in den Provinzen schlimmer ist als in den Städten. 42 Prozent der 167 Personen, deren Aufenthaltsort uns bekannt ist, befinden sich in Provinzgefängnissen. Dabei ist zu bemerken, dass Informationen über Todesurteile in der Provinz spärlicher zu erhalten sind als die in den Städten.

Doulatabadi: „Ich werde meine Schriften nicht mehr veröffentlichen“

Der populärste Schriftsteller Irans, Mahmud Doulatabadi, dessen Werke auch zum Teil ins Deutsche übersetzt sind („Kelidar“, „Der leere Platz von Ssolutsch“, „Die Reise“, „Die alte Erde“ – Unionsverlag), erklärte während einer Lesung vor einem Kreis von Autoren am 23. Oktober in Teheran, er werde aus Protest gegen die Härte der Zensur, keine Bücher mehr veröffentlichen. „Ich hätte ursprünglich am 22. September hier aus meinem neuen Buch lesen sollen, doch das Buch ist bislang von der Zensur nicht freigegeben worden. Nun ist auch bald der Oktober vorbei und das Buch liegt immer noch bei der Behörde“, sagte Doulatabadi und fuhr fort, er habe mit einigen Verlegern gesprochen und alle hätten über die Strenge der Zensur geklagt. Zwei der Verleger hätten berichtet, dass vierzig ihrer Bücher noch keine Genehmigung zur Veröffentlichung erhalten hätten.

„Ich hatte gehofft, dass die Zensurbehörde endlich die Genehmigung für Neuerscheinungen und Neuauflagen bis Ende September erteilt. Aber bisher hat sich nichts getan“, sagte Doulatabadi. „Tag für Tag werde der Stapel von Büchern und Manuskripten, die in verschlossenen Räumen liegen, größer.“ Er bezeichnete die Lage als höchst bedauerlich. „Ich weiß nicht, wie die Lösung dieses Problems aussehen könnte. Heute stehen nicht nur zahlreiche Verlage vor dem Bankrott, auch die Schriftsteller, Lyriker und Sachautoren haben die Lust zum Schreiben verloren. Das ist ein sehr ernstes Problem. Vielleicht würde die Zensurbehörde sich rühren, wenn die Verleger erklären würden, sie würden keine Bücher mehr veröffentlichen und die Autoren sich weigern würden, Manuskripte zu liefern.“

Tatsächlich haben, seitdem die Radikallislamisten die Regierung führen, die Einschränkungen der Meinungsäußerung stark zugenommen. Der Druck richtet sich hauptsächlich gegen Schriftsteller, Journalisten und Intellektuelle, die der neuen Macht kritisch gegenüberstehen. Die Repression bedeutet nicht nur ein Schlag gegen die Freiheit der Rede und Schrift, sie hat auch enorme ökonomische Folgen. Wird eine Zeitung verboten, verlieren hunderte Journalisten über Nacht ihren Job und damit die materielle Grundlage



für sich und ihre Familie. Liegen Bücher und Manuskripte für längere Zeit in der Zensurbehörde, müssen die betreffenden Verlage hohe Verluste hinnehmen oder gar ihre Häuser schließen. Auch die Autoren, die ohnehin kaum von den niedrigen Honoraren leben können, sehen sich oft gezwungen, ihren Beruf aufzugeben. Das ist genau das Ziel, das mit der Verschärfung der Zensur verfolgt wird. Entweder sollen Autoren und Journalisten Selbstzensur üben oder einer anderen Beschäftigung nachgehen.

Erneutes Zeitungsverbot

Das Gremium zur Kontrolle der Presse hat am 23. Oktober zu einem neuen Schlag gegen die Presse ausgeholt und die neu gegründete Tageszeitung „Ruzegar“ verboten. Die erste Nummer der Zeitung war am 16. Oktober erschienen, sie musste jedoch aufgrund der Ähnlichkeit mit der vor einigen Wochen verbotenen liberalen Tageszeitung „Schargh“ bereits nach drei Ausgaben ihr Erscheinen einstellen. Der für Presseangelegenheiten zuständige Staatssekretär im Ministerium für islamische Führung hatte zuvor die Herausgeber und Redakteure der Zeitung aufgefordert, auf die Behandlung politischer Themen zu verzichten, da sie nicht als eine Zeitung für Politik registriert sei. Darüber hinaus sollte bei der Gestaltung der Zeitung jede Ähnlichkeit mit Schargh vermieden werden.

Das Gremium zur Kontrolle der Presse, dessen Mitglieder zu konservativen und radikalislamistischen Fraktionen gezählt werden, berief sich bei dem Verbot von „Ruzegar“ auf einen Paragraphen der Pressegesetze, in dem es heißt, die Herausgabe einer Zeitung, die der Form und dem Inhalt nach einer verbotenen Zeitung ähnelt, sei verboten.

Fakt ist, dass, wie schon oft geschehen, auch hier der Versuch unternommen wurde, eine verbotene Zeitung unter einem neuen Namen herauszubringen. Viele der Ruzegar-Journalisten hatten bereits bei Schargh gearbeitet.

„Es steht fest, dass das herrschende System in Iran keine andere Stimme neben sich duldet“, sagte der Journalist Abdolreza Tadschik, der für Ruzegar und Schargh arbeitete. Schargh, die erst das dritte Jahr ihres Erscheinens

erlebte, hatte als eine liberale Zeitung mit hohem Niveau eine relativ hohe Auflage und große Beliebtheit erreicht. Obwohl sie peinlich darauf achtete, die von der Zensurbehörde gesetzten Grenzen nicht zu überschreiten, war es ihr gelungen, als eine wichtige kritische Stimme in der iranischen Presselandschaft einen besonderen Platz einzunehmen. Genau dies war auch der Grund ihres Verbots.

Irans Oberstaatsanwalt: „Internationale Unterdrücker planen eine farbige Revolution in Iran“

Ghorbanali Dorri Nadjafabadi, Irans Oberstaatsanwalt, erklärte vor einer Versammlung der Ordnungskräfte in der südiranischen Stadt Schiraz, die USA und andere internationale Unterdrücker planten in Iran aus Anlass der bevorstehenden Wahlen zur Expertenversammlung und der Kommunalwahlen eine „farbige Revolution“ in der Islamischen Republik. „Unsere Feinde unterliegen dem irrigen Glauben, so wie in einigen anderen Ländern, auch in der Islamischen Republik eine farbige Revolution durchführen zu können“, sagte der Geistliche Nadjafabadi.

Eine farbige Revolution für den Iran bedeute, „dass unser Land statt der Farbe des Islam die Farbe des Westens trägt“, erläuterte der Staatsanwalt. Er warnte vor solche Gefahren und forderte die Ordnungskräfte, Geheimdienste und Kultureinrichtungen auf, wachsam zu sein und „Schädlinge vom Leib unserer Staatsordnung“ fernzuhalten.

Heute werde der Feind nicht mehr wie früher versuchen, sichtbar für jedermann über die Grenzen des Landes einzumarschieren. Heute bahne sich der Feind seinen Weg durch die Köpfe der Jugend, der jungen Frauen und Männer. Daher bedeute die nationale Sicherheit genaue Erkenntnisse über sämtliche Möglichkeiten, die die Feinde für sich nutzen können. Nur dadurch ließen sich Gefahren abwenden. So betrachtet komme den Ordnungskräften und auch den Staatsanwaltschaften eine hohe Verantwortung zu. Es müsse gelingen sämtliche Gefahrenherde auszumerzen und die Gesellschaft gegen das Verderben immun zu machen.

**Freilassung des deutschen und französischen Hochseeanglers abgelehnt**

Die iranische Justiz hat eine Freilassung des in Iran inhaftierten deutschen Hochseeanglers Donald Klein und seines französischen Skippers abgelehnt. Ein Berufungsgericht in der südiranischen Provinz Hormozgan habe auch einen Antrag auf Freilassung unter Auflagen zurückgewiesen, sagte ein Sprecher des französischen Außenministeriums am 13. Oktober in Paris. Aus „streng juristischer Sicht“ gebe es dafür nach Einschätzung der französischen Regierung keinen Grund. „Wir bedauern die Weigerung und stellen uns die Frage nach den Beweggründen“, sagte der Außenamtssprecher.

Klein und sein Skipper Stéphane Lherbier waren im Januar zu einer 18-monatigen Haftstrafe verurteilt worden. Iranische Sicherheitskräfte hatten sie im November vergangenen Jahres bei einem Segeltörn in der Straße von Hormoz festgenommen, weil sie die Grenze des Landes verletzt hatten.

Rauchverbote jetzt auch in Iran

Am 17. Oktober verordnete Präsident Mahmud Ahmadinedschad eine strikte Umsetzung des Anti-Raucher-Gesetzes, das im September vom Parlament in Teheran verabschiedet worden war. Ein extra hierfür eingesetztes Sonderkomitee solle dafür sorgen, dass alle Regierungsgebäude ab sofort rauchfrei bleiben und dass auf öffentlichen Plätzen und in Verkehrsmitteln nicht mehr geraucht werde, berichtete die staatliche Nachrichtenagentur IRNA.

Jedwede Reklame für Tabakprodukte, die direkte oder indirekte Ermutigung zum Rauchen und jeder Verkauf von Zigaretten an junge Leute unter 18 Jahren ist nach dem Gesetz unter Androhung von Geldstrafen von umgerechnet bis zu 1000 Euro untersagt. In Restaurants, Cafés und Teehäusern bleibt dagegen das Rauchen noch erlaubt. Aber das Gesundheitsministerium drängt bereits auf ein Verbot auch in diesen Bereichen.

Ahmadinedschad lehnt Geburtenkontrolle ab

Während einer gemeinsamen Sitzung der Regierung und des Parlaments am 23. Oktober sagte Präsident Ahmadinedschad: „Ich bin gegen die Forderung, jede Familien solle sich mit zwei Kindern begnügen.“ Er begrüßte das größere Engagement der Frauen in der Gesellschaft, fügte jedoch hinzu, er habe nur die Sorge, dieses Engagement könne dazu führen, dass die Frauen ihre Hauptaufgabe, die nachfolgende Generation zu erziehen, vernachlässigen. Zurzeit seien sowohl Frauen als auch Männer dazu verpflichtet, acht Stunden am Tag zu arbeiten. „Ich erkläre aber hier, dass die Regierung gewillt ist, dem Parlament eine Gesetzesvorlage einzureichen, wonach die Arbeitszeit verheirateter Frauen entsprechend der Zahl ihrer Kinder verkürzt werden soll. Dies wird den Frauen ermöglichen, sich ihrer eigentlichen Aufgabe zu widmen.“

Er sei gegen die Einschränkung der Zahl der Kinder, sagte der Präsident. „Unser Land verfügt über vielfältige Kapazitäten. Hier haben alle Kinder die Möglichkeit, aufzuwachsen, selbst dann, wenn die Bevölkerungszahl auf 120 Millionen steigen würde.“ Der Westen hat Probleme mit der negativen Geburtenrate und befürchtet, dass unsere Bevölkerung immer weiter wächst und ihn eines Tages überrumpelt. Deswegen will er sein Problem auf uns abwälzen und uns zu Einschränkung zwingen.“



II. Wirtschaft

USA genehmigen Lieferung von Flugzeugersatzteilen an Iran

Das US-Außenministerium gab bekannt, einem US-Unternehmen genehmigt zu haben, Ersatzteile für Flugzeuge nach Iran zu liefern. In der Erklärung des Ministeriums vom 11. Oktober heißt es, die USA seien nach wie vor über die Entwicklung in Iran besorgt und hielten weiterhin Boykottmaßnahmen gegen das Land aufrecht, legten jedoch Wert darauf, dass die Maßnahmen nicht die Bevölkerung treffen. Die Lieferung von Ersatzteilen gewähre die Sicherheit von Flugpassagieren.

Die Ersatzteile sollen in einem nicht genannten Land an die nationale iranische Fluggesellschaft Iran Air übergeben werden.

Zu den Boykottmaßnahmen der USA gegen Iran zählt auch das Verbot, Flugzeuge der Firma Boeing und deren Ersatzteile an Iran zu verkaufen. Dieses Verbot gilt ebenfalls für die aus den USA stammenden Ersatzteile der in Europa produzierten Airbus-Maschinen. Iran konnte bisher zwar gebrauchte Airbus-Flugzeuge kaufen, aber keine Ersatzteile, die in den USA produziert werden. Die häufigen Flugzeugabstürze der letzten Jahre in Iran wurden oft damit begründet, dass die Maschinen zu alt seien und bestimmte Teile nicht durch neue ersetzt werden könnten.

Die Türkei stoppt Gasimport aus Iran

Eine Woche nach einem Anschlag auf die Gaspipeline zwischen Iran und der Türkei hat Ankara den Gasimport aus dem Iran vorläufig eingestellt. Als Grund für diese überraschende Entscheidung wurde neben dem Attentat die schlechte Qualität des Gases und eine unzureichende Wartung der Druckstationen angeführt. Ein Sprecher der staatlichen Öl- und Gasgesellschaft der Türkei erklärte der Nachrichtenagentur IRNA zufolge, die Türkei werde, solange der Import aus dem Iran ausgesetzt bleibe, ihren Gasimport aus Russland erhöhen. Auch die russische Gesellschaft Gazprom bestätigte, etwa anderthalb mal mehr als vertraglich vereinbart Gas in die Türkei zu exportieren. Das sind rund 30 Millionen Kubikmeter pro Tag.

Gemäß dem Vertrag mit Iran muss die Türkei täglich 22 Millionen Kubikmeter Gas aus dem Iran einführen. Ob nun die Aussetzung des Imports auf die Gefährdung der Pipeline und auf die angeblich schlechte Qualität des iranischen Gases oder aber auf Druck aus Washington zurückzuführen ist, ist nicht genau festzustellen. Doch es ist zu beobachten, dass, wie auch der nächste Bericht zeigt, die von den USA geforderten Boykottmaßnahmen gegen Iran schon längst begonnen haben und immer weiter zunehmen.

Japan reduziert drastisch seinen Anteil am iranischen Ölprojekt

Wir haben in der letzten Nummer des Iran-Reports darüber berichtet, dass die Verhandlungen Irans mit der japanischen Gesellschaft Inpex über die Erschließung neuer Erdölquellen im Gebiet Azadegan kurz vor dem Abschluss stehen. „Wir haben nun über die Frage der Finanzierung keine Differenzen mehr“, hatte Irans Vertreter bei der OPEC, Hussein Kazempur Ardebili, erklärt.

Bei dem vorgesehenen Vertrag sollte Japan 75 Prozent der erforderlichen Investitionen von zwei Milliarden Dollar übernehmen. Den Rest wollte die iranische Ölgesellschaft Niku investieren. Niku ist eine Tochtergesellschaft der National Iranischen Ölgesellschaft (NIOC). Doch nun erklärte ein Vertreter der Inpex überraschend, sein Unternehmen werde sich mit nur zehn Prozent an dem Projekt beteiligen.

Iran hatte Inpex, an der der japanische Staat mehrheitlich beteiligt ist, nach langen Verhandlungen eine letzte Frist gesetzt, die am 10. Oktober ablief. Die Gesellschaft begründete ihren Rückzug unter anderem damit, dass das Projekt nicht begonnen werden könne, solange nicht Iran das Gebiet von den Minen, die während des achtjährigen Kriegs zwischen Iran und Irak gelegt wurden, frei geräumt habe. Demgegenüber erklärte die iranische Seite, die Minen seien bis auf eine Tiefe von sechs Metern geräumt – ausreichend für die Aufnahme des Projekts. Eine tiefere Räumung bis sechzehn Metern, die die Japaner gefordert hätten, sei nicht möglich.



Es besteht kein Zweifel darüber, dass die überraschende Reduzierung des japanischen Anteils auf Druck aus Washington zurückzuführen ist, obwohl Japan unbedingt auf Ölimporte angewiesen ist und 14 Prozent seines Ölbedarfs aus Iran bezieht.

Irans Ölminister Kazem Vaziri Hanameh erklärte, nachdem er am Vortag die Nachricht über den japanischen Rückzieher dementiert hatte, Japans Anteil werde zehn Prozent betragen. „Daran lässt sich nicht mehr rütteln“, sagte der Minister. Auf die Frage nach einer möglichen russischen Beteiligung an dem Projekt sagte Hamaneh, Iran sei bereit, mit jedem Staat oder jedem ausländischen Unternehmen Verhandlungen aufzunehmen.

Damit fallen die verbleibenden 90 Prozent der iranischen Gesellschaft Niku zu, was deren Finanzkapazität bei weitem übersteigt. Sie muss sich nun um neue ausländische Investoren bemühen. Dafür ist jedoch der Zeitpunkt denkbar ungünstig. Ausländische Investoren verhalten sich bereits seit Monaten angesichts des eskalierenden Streits um das iranische Atomprogramm zunehmend zurückhaltend. Und es ist zu befürchten, dass sich die Lage nach dem Abbruch der Verhandlungen zwischen Iran und der EU und möglichen Sanktionen gegen Iran durch den UN-Sicherheitsrat weiter verschlechtern wird.

Irans Öl- und Gasindustrie, die den eigentlichen Motor der iranischen Wirtschaft darstellt, ist auf ausländische Investitionen angewiesen. Ohne diese Investitionen wird sie die Ziele, die sie sich für die nächsten Jahre gesetzt hat, nicht erreichen können. Zurzeit nimmt die iranische Ölproduktion jährlich um sieben Prozent ab, das sind fast 200 000 Barrel pro Tag. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, würde Iran in Anbetracht des steigenden Eigenbedarfs an Öl und Gas diese Energiestoffe nicht mehr exportieren können. Das Ziel Irans ist, die Ölproduktion innerhalb der nächsten zehn Jahre von zurzeit 4,2 Millionen Barrel pro Tag auf sieben Millionen und die Gasproduktion von 400 Kubikmeter auf 1300 Kubikmeter zu steigern. Hinzu kämen der Ausbau der petrochemischen Industrie und der Ölraffinerien. Um diese Ziele zu erreichen, sind Investitionen von rund 150 Milliarden Dollar nötig.

Deutsche Exporte nach Iran erstmals gesunken

Die seit Jahren boomenden deutschen Exporte nach Iran sind im laufenden Jahr zum ersten Mal gesunken. Von Januar bis Juli 2006 seien die Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahr um zwölf Prozent zurückgegangen, schrieb die „Financial Times Deutschland“ in ihrer Ausgabe vom 4. Oktober. Sie berief sich dabei auf Angaben der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskammer in Teheran. Demnach wurden im o.g. Zeitraum Güter im Wert von 2,37 Milliarden Euro gekauft. 2005 waren es noch 2,68 Milliarden. Für die deutsche Wirtschaft sind die Zahlen ein schwerer Rückschlag. Noch im Vorjahr hatten die Exporte über das ganze Jahr um 24 Prozent zugenommen und insgesamt 4,5 Milliarden erreicht.

Navigationsgeräte nach Iran geschmuggelt – Anklage erhoben

Wie ein Sprecher der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft am 23. Oktober mitteilte, hat seine Behörde gegen zwei Geschäftsleute, die Navigationsgeräte an das iranische Militär geliefert haben sollen, Anklage erhoben. Die sechs Geräte sollen dort in Drohnen eingebaut worden sein. Von der militärischen Verwendung hätten die beiden Angeklagten gewusst, sagte der Sprecher. Für sechs Steuerungsgeräte hätten die Männer, ein 24-jähriger Iraner und 58-jähriger Brite, 45 000 Euro kassiert.

Die Männer müssen sich nun wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz verantworten. Drohnen sind unbemannte Flugzeuge, die zu Spionagezwecken oder auch für Bombenangriffe eingesetzt werden können. Die GPS-Systeme sollen in Süddeutschland hergestellt worden sein. Drohnen iranischer Herkunft sollen bereits mehrfach von der radikal-islamischen Hisbollah gegen Israel eingesetzt worden sein.

Den Hinweis auf den Rüstungsschmuggel sollen die Ermittler aus Geheimdienstkreisen erhalten haben. Dies wollte laut DPA die Staatsanwaltschaft nicht kommentieren.

**Teheran will Urananreicherung beschleunigen**

Nach Angaben der Internationalen Atombehörde (IAEA) testet Iran technische Ausrüstungen zur Beschleunigung seiner Urananreicherung. Seit Februar, als Teheran einen Durchbruch bei der Urananreicherung feierte, habe Iran mit einer so genannten Kaskade von 164 Zentrifugen gearbeitet, berichtete die New York Times in ihrer Ausgabe vom 24. Oktober.

Die Zeitung zitiert IAEA-Generaldirektor Mohammad El Baradei mit den Worten: „Nach unseren jüngsten Inspektionen ist die zweite Zentrifugen-Kaskade fertig und einsatzbereit.“ Noch sei kein Uran in das neue System geleitet worden, doch dies könnte bereits „in der nächsten Woche“ geschehen. Allerdings würde es dem Zeitungsbericht zufolge auch mit zwei Kaskaden Jahre dauern, bis Iran genug angereichertes Uran für die Herstellung einer Atombombe hätte.

In seiner Rede an der Washingtoner Georgetown-Universität äußerte El Baradei Zweifel am Sinn von Sanktionen gegen Iran und Nordkorea. „Sie zu bestrafen ist keine Lösung“, sagte der IAEA-Generaldirektor. Zuvor war El Baradei mit US-Außenministerin Condoleezza Rice zusammengetroffen.

Iran kauft fünf Topelov-Maschinen aus Russland

Die staatliche iranische Luftfahrtgesellschaft Homa will nach eigenen Angaben im nächsten Monat den Vertrag über den Kauf von fünf Topelov-Maschinen aus Russland unterzeichnen. Die Topelov wird bereits von einigen privaten Gesellschaften in Iran für Passagierflüge benutzt. Für die staatliche Luftfahrtgesellschaft Homa ist es das erste Mal nach Jahrzehnten, dass sie neue Maschinen kauft und sich auch noch für Topelov entscheidet. Dieser Flugzeugtyp ist in letzter Zeit schon viermal in Iran abgestürzt, was viele Menschenopfer zufolge hatte.

Masud Mohadjer, Sachverständiger für Lufttransport, meinte, der US-Boykott über Iran habe die Gesellschaft Homa zu dem Kauf der unsicheren Maschinen gezwungen. „Seit fünfzehn Jahren versucht Homa Flugzeuge aus dem Westen zu kaufen. Doch alle bisherigen Versuche scheiterten an dem amerikanischen Boy-

kott“, sagte Mohadjer. Schließlich habe sich die Gesellschaft gezwungen gesehen, fünf Topelov-Maschinen des Typs 204 zu bestellen.

Der letzte Absturz einer Topelov-Maschine ereignete sich vor zwei Monaten in Nordosten Irans nahe der Stadt Maschhad. Es handelte sich dabei um eine Topelov des Typs 154. Doch sämtliche Maschinen, die iranische Gesellschaften in den letzten Jahren gekauft haben waren gebrauchte Maschinen. Zwischen diesen Maschinen und denen, die Homa zu bestellen beabsichtigt, bestehe ein großer Unterschied, meinte Mohadjer. „Diese Maschinen haben eine Ähnlichkeit mit dem Airbus. Sie werden zum ersten Mal in Iran eingeführt“, sagte er. „Sie verfügen über eine hoch entwickelte Technologie und werden zurzeit von einigen Staaten im Nahen Osten, auch in Ägypten, benutzt.“



III. Außenpolitik

Neue Phase des Atomkonflikts

Die Verhandlungen zwischen den drei EU-Staaten und Iran um eine friedliche Lösung des Streits um das iranische Atomprogramm sind endgültig gescheitert. Dies erklärten die EU-Außenminister nach ihrem Treffen am 17. Oktober in Luxemburg. Nun seien Beratungen des UN-Sicherheitsrats über Sanktionen nicht mehr zu vermeiden, hieß es in einer Erklärung, auf die sich die Außenminister einigten. Dennoch bleibe die EU weiterhin verhandlungsbreit. Frankreichs Außenminister Philippe Douste-Blazy sagte, der Sicherheitsrat müsse angemessene Maßnahmen beschließen. Das internationale Angebot an Iran als Gegenleistung für ein Ende der nationalen Urananreicherung bleibe auf dem Tisch, sagte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier: „Es macht jetzt keinen Sinn, die Schotten runter zu ziehen, das Sicherheitsratsverfahren laufen zu lassen und sich ansonsten um die Lösung des Konflikts nicht mehr zu bemühen.“ Die EU war enttäuscht, dass ihr Chefdiplomat Javier Solana Iran nicht zum Aussetzen der Urananreicherung bewegen konnte, um Verhandlungen über das Atomangebot zu ermöglichen. „Wir haben viel Geduld gehabt“, sagte Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner. Die EU habe Iran ein sehr attraktives Angebot vorgelegt, das nicht akzeptiert worden sei.

Laut AP heißt es in der Abschlusserklärung unter anderem, der Rat der EU-Außenminister „erinnert daran, dass der Sicherheitsrat in Resolution 1696 seine Absicht zum Ausdruck gebracht hat, angemessene Maßnahmen nach Artikel 41 zu ergreifen, „falls Iran den Forderungen des Sicherheitsrats nicht nachgeben sollte“. „Der Rat glaubt, dass die Fortsetzung der mit der Anreicherung (von Uran) verbundenen Aktivitäten der EU keine andere Wahl lässt, als die Bedingungen über solche Maßnahmen zu unterstützen.“

„Der Rat stellt fest, dass die Tür zu Verhandlungen dennoch offen bleibt. Er bekräftigt sein Engagement für eine Verhandlungslösung und dass solch eine Lösung zur Entwicklung der Beziehungen der EU mit Iran beitragen würde.“

Diese Erklärung kann Teheran nicht so sehr beeindrucken, denn in Wirklichkeit stehen die USA und die EU mit

leeren Händen da. Das ist auch in Teheran bekannt. Deshalb hat sich die Regierung Ahmadinedschad nicht auf die Politik von „Zuckerbrot und Peitsche“ eingelassen. Sie besteht weiterhin auf das international verbrieftete Recht Irans, Uran im eigenen Land anzureichern und den nuklearen Brennstoff zur friedlichen Nutzung der Atomenergie herzustellen.

Nun sind Washington und Brüssel im Zugzwang – doch was können sie tun? Wie ließe sich dem möglichen Versuch Irans, in den Besitz von Nuklearwaffen zu gelangen, Einhalt gebieten? Über den UN-Sicherheitsrat wird kaum etwas zu erreichen sein. Die Veto-Mächte Russland und China sind aufgrund ihrer ökonomischen Interessen nicht bereit, harte Sanktionen mit zu tragen.

Selbst die EU-Staaten scheinen allmählich begriffen zu haben, wie kontraproduktiv Sanktionen sein können. Derlei Maßnahmen gegen den viertgrößten Ölproduzenten der Welt würden die Preise für Erdöl und Erdgas in die Höhe treiben und der Wirtschaft im EU-Raum enorm schaden. Die Europäer würden zudem einen wichtigen Markt verlieren und sich beträchtlichen Sicherheitsrisiken aussetzen.

Diese Erkenntnis hat bei den europäischen Verhandlungspartnern offenkundig zu einer Kurskorrektur geführt – nur kam sie leider zu spät. Selbst der Vorstoß Frankreichs, die Gespräche ohne Vorbedingung wieder aufzunehmen, konnte das Problem nicht mehr lösen. Der demonstrative Optimismus des EU-Außenbeauftragten Solana, Irans Verhandlungsführer Ali Laridjani doch noch von seinen Vorschlägen überzeugen zu können, zeugt von unverzeihlicher Naivität. Weshalb sollte man sich in Teheran auf die Offerten der EU einlassen, wenn man dort längst davon überzeugt ist, dass die von den USA aufgebaute Kulisse einem brüllenden Löwen ohne Zähne gleicht? Selbst wenn es Washington gelingen würde, Russland und China für „symbolische und sanfte“ Sanktionen zu gewinnen, dürfte das die iranischen Machthaber nicht sonderlich beeindrucken – Druck von außen ist eher dazu angetan, das Regime zu stabilisieren, anstatt zu schwächen.

Eigentlich hätte man den Streit längst beilegen können. Aber wie die Geschichte des Konflikts zeigt, geht es Washington mitnichten allein darum, Iran am möglichen Bau von Nuklearwaf-



fen zu hindern. Weit mehr hat man gesicherte Energiequellen im Nahen und Mittleren Osten und die Kontrolle der gesamten Region im Sinn. Dazu gehört ein Regimewechsel in Iran. Die USA machen keinen Hehl daraus, dass sie genau diese Ziel anstreben.

Die Frage ist nun, wie sich Washington in dieser neuen Lage verhalten wird. Es ist kaum vorstellbar, dass sich die Bush-Regierung mit „sanften Sanktionen“ begnügt und eine potenzielle Atommacht Iran hinnehmen wird. Eher ist zu befürchten, dass sie sich dafür entscheidet, kurzen Prozess zu machen. Doch können sich die Amerikaner neben Afghanistan und dem Irak noch einen weiteren Kriegsschauplatz leisten? Wenn überhaupt, dann nur mit Hilfe der NATO. Der Krieg gegen Libanon und das Engagement der wichtigsten EU-Länder zur Sicherung des Waffenstillstands zwischen Israel und Libanon könnten als Vorspiel eines solchen Vorgehens gedeutet werden. Sollte sich die Europäische Union jedoch weigern, militärische Maßnahmen gegen Iran zu unterstützen, bliebe Washington nur der Ausweg, entweder die eigene Strategie aufzugeben oder im Alleingang Irans Atomanlagen und Militärbasen möglicherweise mit Nuklearwaffen anzugreifen. Die verheerenden Folgen, die ein solcher Schritt nicht nur für die gesamte Region, sondern auch für Europa, die USA und den Weltfrieden hätte, kann man sich kaum ausmalen.

Iran: UN-Sicherheitsrat ist illegitim

Präsident Ahmadinedschad hat dem UN-Sicherheitsrat jegliche Legitimität im iranischen Atomkonflikt abgesprochen. Das Gremium wolle Richter, Staatsanwalt und Vollstreckungsbehörde in einem sein, sagte er in einer vom staatlichen Hörfunk übertragenen Rede. „Diese Zeiten sind vorbei“.

Zu möglichen Sanktionen sagte der Staatspräsident, „der Tag eurer Sanktionen wird für uns ein nationales Fest sein“. Iran werde seit 27 Jahren boykottiert, dennoch habe das Land große Erfolge erzielt und sich auch die Atomtechnologie angeeignet. Der Vorwurf gegen Iran, Nuklearwaffen anzustreben, sei „eine große Lüge“.

„Wenn die Atomenergie gut ist, stellt sich die Frage, warum wir sie nicht besitzen sollen. Wenn sie aber schlecht ist, stellt sich wiederum die

Frage, warum ihr sie besitzen wollt“, sagte der Präsident. „Wir trauen den Großmächten, die ihren Willen mit Gewalt durchsetzen wollen, nicht mehr. Auch andere Völker haben dieses Vertrauen verloren. Heute ruft das gesamte iranische Volk, Frauen, Männer, Kinder, mit einer Stimme: die Nutzung der Atomenergie ist unser verbrieftes, nationales Recht.“

Gerichtet an die Gegner des iranischen Atomprogramms sagte Ahmadinedschad: „Ihr könnt so viel die Stirn runzeln und schreien wie ihr wollt, seid sicher, dass die Faust und die Ohrfeige des iranischen Volkes euch umso heftiger treffen werden.“

Den Feinden Irans empfahl der Präsident, statt mit Feindschaft Iran mit Freundschaft zu begegnen, dann würden sie willkommen sein.

Für den Fall von Sanktionen drohte ein Regierungssprecher Gegenmaßnahmen an. Das Land werde dann entsprechend reagieren, erklärte der Sprecher des Außenministeriums, Mohammad Ali Hussein. Auf die Frage, ob dies auch Auswirkungen auf die Öllieferungen durch die Straße von Hormoz haben werde, antwortete Hussein, das hänge von der Art der Sanktionen ab.

USA eröffnen ein Iran-Büro in Dubai

Das in Dubai eröffnete Sonderbüro für iranische Angelegenheiten ist eine Zweigstelle der Iran-Abteilung des US-Außenministeriums, die im diesem März laut Condelleezza Rice ihre Arbeit aufgenommen hatte. Die Abteilung soll sich, wie Rice ausführte, um den Demokratisierungsprozess der iranischen Gesellschaft kümmern. Für diese Aktivitäten wurden zusätzliche 75 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt.

Das nun eröffnete Büro in Dubai ist die erste Zweigstelle, die in nächster Nachbarschaft Irans ihre Arbeit aufnimmt. Wie das State Department mitteilte, werden demnächst weitere Büros in Istanbul, Baku, London und Frankfurt eröffnet werden.

In Dubai leben mehrere Hunderttausend iranische Staatsbürger, zumeist Unternehmer, die innerhalb der Wirtschaft der Emirate eine wichtige Rolle spielen. Es wird vermutet, dass Washington über diese Unternehmer direkte Informationen aus Iran sammeln und seinen



Einfluss zur Schwächung des Teheraner Regimes steigern will.

Flugzeugträger Eisenhower zum Persischen Golf entsandt

Einem Bericht des Internetdienstes Baztab zufolge soll der mit Nuklearwaffen bestückte Flugzeugträger „Eisenhower“ sich am 2. Oktober auf den Weg zu den Gewässern des Persischen Golfs begeben haben. Baztab beruft sich dabei auf einen Artikel von Dave Lindorff vom 9. Oktober auf der Internetseite vom Global Research. „Wie ich bereits in ‚The Nation‘ vorausgesagt hatte, ist der mit Nuklearwaffen bestückte Flugzeugträger Eisenhower am 2. Oktober in Richtung Persischer Golf in Gang gesetzt worden. Er wird vermutlich am 21. Oktober die Gewässer des Golfs erreichen und dort zu einem bereits in die Region entsandten Flottenverband um den Flugzeugträger Enterprise stoßen“, schreibt Lindorff. Der Flugzeugträger wird von mehreren Kriegsschiffen begleitet, die über die Kapazität von Minenlegern verfügen. Daraus lässt sich schließen, dass die USA vor einem möglichen militärischen Angriff die Verminung der iranischen Küste geplant haben. Damit soll verhindert werden, dass Iran die Straße von Hormoz vermint und den Öltransport aus den Golfstaaten verhindert.

Laut Angaben aus amerikanischen Militärkreisen richte sich ein militärischer Angriff nicht allein gegen iranische Atomanlagen, sondern auch gegen Militärstützpunkte und Kommandostrukturen, schreibt Baztab. Ein solcher Angriff werde vermutlich im Irak, Saudi Arabien, Kuwait und anderen Ländern der Region Wellen von Gewalt gegen amerikanische Streitkräfte, Militäreinrichtungen, Öl- und Gaspipelines und Öltanker auslösen.

Iran bezeichnet gemeinsames Manöver am Persischen Golf als „Provokation“

Iran hat das für Ende Oktober geplante gemeinsame Manöver, an dem sich die USA, Frankreich, Großbritannien, Kuwait und Bahrain beteiligen werden, als „eindeutige Provokation“ bezeichnet. Einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA zufolge erklärte ein hoher Beamter des Außenministeriums, der nicht genannt werden wollte, das Manöver sei politisch „höchst verdächtig“ und im Bezug auf

die Sicherheit der Region „provokativ“. Die Behauptung, das Manöver diene der Sicherheit der Region, sei absurd, sagte der Beamte. Genau das Gegenteil sei der Fall. Die Sicherheit der Region könne allein durch Staaten der Region, namentlich durch den Golf-Kooperationsrat plus Iran und Irak (6 plus 2) gewährleistet werden. Die USA seien durch ihre Misserfolge in Afghanistan, im Irak und in Libanon wie zu den Zeiten des Vietnamkriegs in eine äußerst schwache Position geraten. Für die regierenden Neokonservativen bestehe die Gefahr, dass ihnen die Wähler bei den bevorstehenden Wahlen davon laufen. Mit dem Manöver sollen auf der einen Seite Stärke demonstriert und auf der anderen Seite künstliche Konflikte zwischen den Staaten der Region erzeugt werden. Damit hofften die Neokonservativen, ihre Chancen bei den Wahlen zu vergrößern.

Zu dem Manöver äußerte sich auch der Oberkommandierende der Revolutionswächter General Jahja Rahim Safawi. Er bezeichnete das Manöver als „Einmischung fremder Mächte in Angelegenheiten der Region“ und erklärte, Iran werde die Aktivitäten genau beobachten. Die iranischen Streitkräfte und Revolutionswächter würden ihre Strategie der „Eindämmung und der allseitigen Verteidigung“ fortsetzen.

Bahrain und Kuwait gehören zu jenen Staaten, die Präsident George W. Bush als „Verbündete, die nicht der NATO angehören“ bezeichnete. Aufgrund dieser Einstufung gestehen ihnen die USA gewisse militärische Privilegien zu. Seit 1996 befindet sich das Hauptquartier der 5. US-Flotte in Bahraíns Hauptstadt Manama.

Das BBC-Büro in Teheran berichtete, dass das Manöver unter anderem das Ziel habe, Schiffe, die des Transports von Massenvernichtungswaffen und Raketen verdächtigt werden, zu kontrollieren.

Politische Beobachter vermuten, dass das Manöver mit den von den USA angestrebten Sanktionen gegen Iran im Zusammenhang steht.

China will sich konstruktiv um die Lösung des Atomkonflikts bemühen

China hat den USA versichert, sich konstruktiv an einer Lösung des iranischen Atomkonflikts zu beteiligen. Es



gehe darum, den Konflikt friedlich auf dem Verhandlungsweg zu lösen, sagte Außenminister Li Zhaoxing während des Besuchs seiner US-Kollegin Condoleezza Rice am 20. Oktober in Peking.

China hat sich stets für Verhandlungen und gegen Sanktionen ausgesprochen.

Iran zeigte Verständnis für Nordkoreas Atomtest

Nach dem nordkoreanischen Atomtest hat Teheran die USA für den Konflikt verantwortlich gemacht. Die meisten Zeitungen zeigten Verständnis für die Vorgehensweise des Regimes in Pjöngjang. Der staatliche Rundfunk bezeichnete den Test als „Reaktion auf die Drohungen und Demütigungen Amerikas“. Angesichts der „expansionistischen Politik“ der USA sei zu erwarten, dass andere Staaten nach Atomwaffen zur Abschreckung streben, schrieb die rechtsgerichtete Tageszeitung „Resalat“

Die Tageszeitung „Etemad-e Melli“ schrieb, „die Zündung des Atomsprengsatzes in Nordkorea soll den Vereinigten Staaten eine Lehre sein“. Das Weiße Haus habe zwei Optionen: „internationale Unterstützung für den Umgang mit Nordkorea mobilisieren und Flexibilität Iran gegenüber zeigen oder Nordkorea ignorieren und Teheran weiter wegen seiner nuklearen Aktivitäten bedrohen“. Politische Beobachter würden die erste Option wählen, schrieb das Blatt.

Der iranische Journalist Amir Rafati meinte in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur AP, für Iran bedeute der nordkoreanische Atomtest sowohl eine Chance als auch eine Gefahr. „Es ist eine Chance, weil es den Druck auf Iran verringern wird“, sagte Rafati. „Es ist eine Bedrohung, weil sich die Situation für den Iran langfristig verschlechtern könnte.“

Irans Regierungssprecher Gholam Hussein Elham erklärte, Iran sei gegen jeglichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Atomwaffen. Das nordkoreanische Verhalten habe seine Wurzeln aber in der Politik und im Verhalten der USA. „Wenn die Großmächte es ernst meinen, ist der beste Weg im Kampf gegen Atomwaffen, selbst nuklear abzurüsten“, sagte Elham.

Blix warnt vor Sanktionen gegen Iran

Der frühere Generaldirektor der Internationalen Atombehörde, Hans Blix, hat im iranischen Atomstreit vor Sanktionen durch den UN-Sicherheitsrat gewarnt. Es bestehe das Risiko, dass Teheran sich bei einer Verhängung von UN-Sanktionen in seinen atomaren Ambitionen bestätigt sehe, sagte Blix dem Tagesspiegel am 23. Oktober. Er kritisierte auch die Forderung der internationalen Staatengemeinschaft an Iran, vor der Aufnahme von Atomverhandlungen auf die Anreicherung von Uran zu verzichten. „Welcher Pokerspieler spielt schon die Trumpfkarte aus, bevor die Partie überhaupt begonnen hat?“, fragte Blix. Es sei absurd, die Aussetzung der Urananreicherung von Iran zu verlangen, obwohl gerade dies Gegenstand der Verhandlung sei. Wenn die Staatengemeinschaft ein Interesse daran habe, dass Iran auf die Urananreicherung verzichtet, dann müsse sie auch die Interessen Irans nach Sicherheit berücksichtigen. Angesichts der Präsenz der US-Streitkräfte in Pakistan, Afghanistan, im Irak und anderen Nachbarstaaten Irans braucht das Land eine Garantie dafür, dass es von außen nicht angegriffen und kein Regimewechsel angestrebt werde.

BND: Iran könnte ab 2015 über Atombomben verfügen

Iran wird nach Einschätzung des Bundesnachrichtendienstes (BND) frühestens 2015 über Atombomben verfügen. Eine präzise Abschätzung des Zeitpunkts sei schwierig, sagte BND-Chef Ernst Uhrlau am 24. Oktober in Berlin bei einer Sicherheitskonferenz der Zeitung „Welt am Sonntag“. Nach dem bisherigen Tempo bei der Anreicherung dürfte die Islamische Republik aber nicht vor 2010 über eine ausreichende Menge hoch angereicherten Urans verfügen, mit der Atomwaffen hergestellt werden könnten. Eine Atombombe könne das Land dann ab 2015 besitzen.

Angriffe auf die dänische Botschaft

Nach der Veröffentlichung neuer Mohammed-Karikaturen in Dänemark hat am 10. Oktober eine Gruppe von Demonstranten die dänische Botschaft in Teheran mit Brandsätzen angegriffen. Die Gruppe war bis zum Garten der Botschaft vorgedrungen und hatte (nach dänischen



Angaben) 20 bis 50 Brandsätze auf das Botschaftsgebäude geworfen und in Sprechchören den Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Dänemark gefordert.

Am Tag danach hat sich die dänische Regierung offiziell bei der Regierung in Teheran wegen der mangelnden Sicherung der Botschaft beklagt. Wie Außenminister Per Stig Møller bestätigte, wurde Irans Botschafter in Kopenhagen zur Entgegennahme eines entsprechenden Protestschreibens einbestellt.

Dänemarks Ministerpräsident Anders Rasmussen hatte sich zuvor schnell und scharf von der Aktion aus den Reihen der rechtspopulistischen DVP distanziert. Jugendliche Mitglieder hatten in einem Film-Wettbewerb darüber gewetteifert, wer den Propheten Mohammed in der „erniedrigendsten Weise“ karikieren könne. Rasmussens Minderheitsregierung ist von der Unterstützung der DVP als Mehrheitsbeschafferin im Kopenhagener Folketing abhängig.

Olmert fordert Boykott von Ahmadinedschad

Israels Ministerpräsident Ehud Olmert hat dazu aufgerufen, den iranischen Präsidenten Ahmadinedschad zu boykottieren. Mit Bezug auf Ahmadinedschads Aufruf, Israel von der Landkarte zu tilgen, sagte Olmert, zur Zerstörung eines Staates habe seit dem Holocaust noch kein Staatschef offen aufgerufen. Es könne nicht sein, dass derselbe Politiker weiterhin in anderen Ländern wie ein „legitimer Führer“ empfangen werde. „Die verantwortungsbewusste, moralische Welt (...) oder eine, die vorgibt so zu sein, kann nicht weiter in einer solchen Wirklichkeit leben, wo der Führer eines Landes sagt, man muss ein Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen von der Landkarte löschen“, sagte Olmert während einer Pressekonferenz am 23. Oktober.

Ahmadinedschad hatte während seiner Rede anlässlich des „Jerusalem-Tags“ den Westen davor gewarnt, Israel zu unterstützen. Die israelische Regierung werde „endgültig verschwinden“, sagte er bei seinem öffentlichen Auftritt in Teheran. Der Westen solle sich darüber im Klaren sein, „dass jede Regierung, die das zionistische Regime jetzt noch unterstützt, als Ergebnis nur den Hass der Völker ernten wird“.

Keine Einreisebeschränkung für US-Bürger

Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat sich dagegen ausgesprochen, US-Bürgern bei der Einreise in Iran einen Fingerabdruck abzunehmen. Er forderte das Parlament des Landes auf, ein Gesetz abzulehnen, das offenbar als Vergeltung für eine entsprechende Vorschrift der USA für die Einreise von iranischen Bürgern gedacht ist.

„Wir haben kein Problem mit dem amerikanischen Volk“, sagte Ahmadinedschad einer Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA zufolge. „Wir haben Probleme mit dem Egoismus und der Schikaniererei der amerikanischen Regierung“, sagte der Präsident dem Bericht nach bei einer Versammlung in der Nähe von Teheran. „Trotz der Entscheidung der amerikanischen Regierung, Iranern bei der Einreise einen Fingerabdruck abzunehmen, haben wir das Parlament gebeten, in diesem Punkt eine Vergeltung zu unterlassen.“ Weiter erläuterte er: „Wir haben erklärt, dass jedermann frei ist, nach Iran zu kommen, außer Spione und Verschwörer. Denn wir beleidigen andere Nationen nie und behandeln sie nie respektlos.“

Gandji im Europäischen Parlament

Der bekannte iranische Journalist, Buchautor und Menschenrechtler Akbar Gandji besuchte am 24. Oktober auf Einladung von Angelika Beer, Vorsitzende der Iran-Gruppe, das Europäische Parlament in Straßburg. Er nahm an einer gemeinsamen Sitzung der Iran-Delegation und des Menschenrechtsausschusses des Parlaments teil und wurde anschließend offiziell von Parlamentspräsident Borell im Plenum begrüßt.

In seiner Rede lobte Gandji den Einsatz des Europäischen Parlaments für die Menschenrechte in Iran und forderte Europa auf, Menschenrechtsverletzungen zum Kernthema der europäisch-iranischen Beziehungen zu machen. Zu oft werde die Menschenrechtsfrage von Handels- und Energieinteressen und aktuell besonders vom Streit um das iranische Atomprogramm überlagert. Gandji betonte, der Atomkonflikt könne nicht unabhängig von der Menschenrechtsfrage gelöst werden. Er warnte davor, ähnlich wie im Falle Libyens Zugeständnisse in der Atomfrage mit Schweigen über Menschenrechtsfragen zu belohnen.

Die demokratische Bewegung in Iran sei trotz der massiven Unterdrückung lebendig. Sie bedürfe der Unterstützung durch den Westen. Präsident Ahmadinejad habe im Volk keine dauerhafte Basis, sondern verfolge eine Politik populistischer Versprechungen, die aber auf Dauer nicht einzuhalten seien. Die Menschenrechtssituation sei der „wunde Punkt“ des Regimes und müsse daher vom Westen immer wieder angeprangert werden.

Eindringlich warnte Gandji davor, Iran von außen durch Wirtschaftssanktionen oder Gewaltandrohungen unter Druck zu setzen. Handelssanktionen träfen nur das iranische Volk, und der Versuch eines gewaltsamen und von außen erzwungenen Regimewechsels sei von vornherein zum Scheitern verurteilt. Der Konflikt mit dem Iran dürfe nicht als Kampf der Kulturen zwischen dem Westen und dem Iran dargestellt werden. Nötig seien vielmehr ein konstruktiver Dialog des Westens mit moderaten Stimmen der islamischen Welt und ein stärkeres Engagement zwischen Israel und Palästina. Darüber hinaus betonte Gandji, dass sowohl der Atomkonflikt mit dem Iran als auch der demokratische Wandel im Lande selbst nur auf friedlichem Weg erfolgen könne. Militanten Widerstandsgruppen erteilte Gandji eine klare Absage. In diesem Zusammenhang plädierte er für föderale Strukturen in Iran. Abschließend schlug Gandji vor, eine von der Europäischen Union finanzierte Fernsehanstalt einzurichten, die politische Sendungen nach Iran ausstrahlen könnte.